77. Jahrgang. Nr. 527

Abend-Ausgabe

Dienstag, 8. November 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsschluß: Nachrichten Dresden Fernsprecher-Sammelnummer: 25941 Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011 Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.80 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.80 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Ausnahmeschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Papen wünscht nationale Konzentration

Eine Rede vor der ausländischen Presse

Berlin, 8. November. Auf dem Frühstück des Vereins der ausländischen Presse hielt Reichskanzler v. Papen heute vormittag eine Rede, in der er zunächst seinen Gesamteindruck von der Reichstagswahl schilderte. „Eine erfreuliche Zunahme des Verständnisses für die Regierungsarbeit ist festzustellen", betonte der Reichskanzler.

„Keine Partei wird noch Berechtigung zu der Annahme haben, daß sie die Alleinherrschaft in Deutschland ausüben kann. Dagegen glaube ich, die Hoffnung hegen zu dürfen, daß es nunmehr zu einer wirklichen nationalen Konzentration kommt;

möge die erfreuliche Einigkeit, die das deutsche Volk heute in den großen Fragen der auswärtigen Politik durch alle Parteien hindurch beseelt, jetzt auch der Führung der Gesamtpolitik die notwendige breite Grundlage schaffen. Personalfragen spielen hierbei — ich habe es schon immer betont — keine Rolle. Die sachlichen Ziele der Regierung, die Sie kennen, werden unverändert verfolgt werden."

Der Kanzler wies auf die große und verantwortungsvolle Aufgabe der Vertreter der ausländischen Presse hin und erklärte: „Von dem Grade der Einfühlung in unsere individuellen Lebensverhältnisse, den Sie, meine Herren, aufbringen, wird es abhängen, ob Ihre Nation uns mit den richtigen Augen sieht.

Kein Volk ist mehr in der Gefahr, mißverstanden zu werden, als das deutsche. Man muß uns mißverstehen, wenn man die Verhältnisse anderer Völker auf uns übertragen will; denn unsere Geschichte ist eine andere als die Ihrige.

Deutschland ist von jeher das Schlachtfeld der Ideen gewesen. Deutschland bildet das Kampffeld zwischen dem Nationalismus des Westens und dem Irrationalismus des Ostens. Politischer Kampf ist bei uns zugleich ein Kampf der Weltanschauung. Schöpferisch kann deshalb in Deutschland heute mehr denn je nur eine Politik sein, die aus dem Glauben kommt. Diesem tiefsten Grunde entstammt allerdings auch größtenteils die das Ausland oft befremdende Schärfe unseres politischen Kampfes. Unsere Lage als Mittelland Europas und unsere geschichtliche Entwicklung hat uns einen

unerschöpflichen Reichtum kultureller Gestaltung

in den verschiedenen deutschen Stämmen und Ländern beschert, dessen Pflege und Förderung die große Aufgabe der deutschen Kulturpolitik sein muß. Aber nach außen stellt sie uns ebenso zwingend vor das Problem kultureller und politischer Selbstbehauptung. Vornehmlich in politischer Beziehung ist unsere Mittellage voller Gefahren. Unsere heutige politische Lage ist nur verständlich aus der Verflechtung von Innen- und Außenpolitik in den letzten 20 Jahren. Mancher, der heute im Auslande die Stärke unserer radikalen Strömungen mit Besorgnis verfolgt, wird sich gestehen müssen, daß diese ihre stärksten Antriebe aus den politischen Methoden erhalten haben, die man seit 1918 von außen her gegen uns gewandt hat.

Die lange Reihe der Interventionen der Siegermächte, welche den deutschen Regierungen immer neue Demütigungen zumuteten, trägt ein großes Maß von Schuld an der allgemeinen Radikalisierung und der Verschärfung der innerpolitischen Lage.

Aus diesem geschichtlichen Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik ergibt sich für das deutsche Volk die schicksalhafte Aufgabe, eine Gestalt für seine Staatsführung zu finden, welche den dauernden Notwendigkeiten seiner Lage in Mitteleuropa und den besonderen Schwierigkeiten seiner heutigen Situation in gleicher Weise entspricht. Die erste Vorbedingung hierzu ist die

Wiederherstellung der vollen Hoheit des Staates und die Einrichtung einer stetigen, machtvollen Regierungsgewalt.

Eine solche autoritäre Staatsführung, meine Herren, steht nicht im Widerspruch zu dem Grundsatz der Demokratie, der, wie in vielen Staaten der Welt, auch die Grundlage unserer Verfassung bildet. Demokratie und Autorität sind keine Gegensätze, sondern notwendige Ergänzungen. Die Augen der Welt sind heute auf die Vereinigten Staaten von Amerika gerichtet, wo ein großes Volk seine Staatsführung für die nächsten vier Jahre in die Hände eines Mannes legt.

Ist es denn undemokratisch, frage ich, dem Lande einen verantwortlichen Staatschef zu wählen? Dann kann es nicht weniger demokratisch sein, die anonymen Mächte der Parteibürokratien, die sich zwischen Regierung und Volk geschoben haben, auszuschalten.

Unser deutscher Reichspräsident ist der ruhende Pol, von dem aus auch die verschiedenartigsten Bewegungen unseres politischen Lebens gemeistert werden können. Den Entscheidungen, die von ihm ausgehen werden, können wir mit Vertrauen und Zuversicht entgegensehen."

Der Kanzler betonte, daß die Herstellung einer starken deutschen Staatsgewalt nicht nur eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland, sondern das Zentralproblem Europas sei und unterstrich nochmals mit Nachdruck, daß nicht eher Ruhe und Frieden in Europa herrschen werde, bis man dem deutschen Volke die lebensnotwendigen Voraussetzungen zugestanden hat, die ihm eine friedliche und sichere Entwicklung gewährleisten. „Deutschlands auswärtige Politik seit dem Kriege ist stets darauf gerichtet gewesen, die Anerkennung jener für das Leben der deutschen Nation elementaren Bedingungen durchzusetzen.

Deutschland kann nicht heute, vierzehn Jahre nach der Beendigung des Krieges, noch immer in der Rolle des Besiegten festgehalten werden. Wir verlangen die Gewährung der gleichen Rechte, die für alle anderen gelten, nicht als eine Gnade oder eine Wohltat, sondern als unseren unverzichtbaren Anspruch. Ich stelle hier nichts Neues fest, wenn ich ausspreche: Der Vertrag von Versailles hat keinen wahren Frieden gebracht.

Er ist ursprünglich nur als Präliminarvertrag gedacht gewesen, und er enthält eine Revisionsklausel. Es muß das Ziel nicht allein der deutschen, sondern der europäischen Politik sein, die Bestimmungen, die durch Zwang auferlegt wurden, durch Lösungen zu ersetzen, die dem freien Ermessen aller Beteiligten entspringen. Unser Weg wird der Weg friedlicher Verständigung sein.

Niemals wird die europäische Wirtschaft zur Ruhe kommen, niemals wird sie die für ihr Gedeihen sicheren Grundlagen erhalten, wenn nicht jene Konzeption einer einigen und friedlichen Völkergemeinschaft Wirklichkeit wird, die ich als das Endziel der deutschen Politik bezeichnet habe,

und niemals wird dieses Endziel erreicht werden, wenn nicht die großen Grundsätze der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker auf allen Gebieten anerkannt und durchgeführt werden. Sie kennen den Kampf, den wir heute um unsere Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage zu führen haben. Ich brauche Ihnen unseren Standpunkt nicht zu erläutern, er ist der Welt aus vielen Reden und Veröffentlichungen bekannt, insbesondere aus der Aufzeichnung, die dem französischen Botschafter am 29. August übergeben wurde. Unser Anspruch auf die allgemeine Abrüstung gibt uns die unerschütterliche Grundlage für unser Handeln. Von dieser Grundlage aus werden wir alle Pläne beurteilen, die uns vorgelegt werden. Unsere Frage an Sie lautet: Gewährleisten sie eine wirkliche Abrüstung nach Methoden, die für alle in gleicher Weise gelten mit dem Ergebnis, daß allen die gleiche Sicherheit gewährt wird?

Der französische Plan setzt anscheinend voraus, daß alle europäischen Festlandstaaten gleichartige Heere erhalten. Das erscheint vom deutschen Standpunkt aus durchaus diskutabel.

Wir haben zur Zeit eine Heeresverfassung, die uns durch Diktat aufgezwungen wurde, und führen Klage darüber, daß unsere Soldaten nicht mit denen anderer Länder gleichwertig sind, weil sie nicht die gleiche Bewaffnung wie diese führen dürfen. Die französische Regierung geht anscheinend davon aus, daß erst gleichartige Wehrverfassung und gleichartige Bewaffnung die Heere der verschiedenen Länder wirklich vergleichbar macht. Diesen Standpunkt erachte ich als einen großen Fortschritt. Es ist unbestreitbar, daß, wenn es gelingt, allen Heeren den Charakter reiner Defensivmittel zu geben, wir einen entscheidenden Schritt in der moralischen Abrüstung und der Befriedung der Welt vorwärtsgekommen sein werden.

Nur durch gleiches Wehrsystem mit gleicher Bewaffnung, deren Potential der Länge und Verwundbarkeit der Grenzen der Nachbarn angepaßt sein muß, läßt sich auch gleiche Sicherheit für alle Völker erzielen.

Die deutsche Regierung, die den Frieden wünscht, weil sie wie keine andere Nation der Welt der Segnungen des Friedens bedarf, stellt ihre Politik unter den Gesichtspunkt wirklicher allgemeiner Abrüstung. Sie wird jede Maßnahme begrüßen, welche die Defensivkraft im Gegensatz zur Angriffskraft stärkt und Deutschlands Anspruch auf gleiches Recht und gleiche Sicherheit verwirklicht. **Aber wir werden nicht an einer Abrüstungskonvention mitarbeiten, solange wir nicht wissen, ob sie in ihrem ganzen Umfange für uns selbst Geltung haben soll."**

Herriot lenkt Italien gegenüber ein

Norman Davis vermittelt

London, 8. Nov. Nach einer „Times"-Meldung hat sich der italienische Botschafter in London, Grandi, nach Rom begeben. Es wird erwartet, daß er dort an den Besprechungen mit dem amerikanischen Delegierten bei der Abrüstungskonferenz, Norman Davis, teilnehmen wird, der, wie verlautet, die Erörterung der französisch-italienischen Beziehungen zur See fortsetzt, die er in Paris und Genf begonnen hatte. — Wie der „Times"-Korrespondent in Rom berichtet, werde der

Meinungsaustausch zwischen Norman Davis und Mussolini

höchstwahrscheinlich bestätigen, daß die Ansichten beider Länder bezüglich der Abrüstungsfrage in der Hauptsache übereinstimmen.

Herriot hat in Toulouse beim Abschluß des Kongresses der Radikalen Partei noch einmal in längeren Darlegungen zur Außenpolitik Stellung genommen. Ueber die französisch-italienischen Beziehungen erklärte er: „Der Friedenswille Frankreichs hat sich nicht mit dem innerpolitischen Regime des einen oder anderen Landes zu befassen. Wir können wohl der einen Verfassung den größeren Vorzug vor der anderen geben, aber

nichts würde peinlicher sein als Meinungsverschiedenheiten mit einem Lande, an das uns so viele Erinnerungen fesseln.

Und doch gibt es noch mehr. Wir müssen den Mut aufbringen, um einmal festzustellen, **daß wir gegenüber Italien moralisch nicht immer richtig gehandelt haben.** (!) Auf Grund verschiedener Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten gab es eine Reihe von Unvorsichtigkeiten, die man gegenüber einem großen Volke nicht das Recht hat, zu begehen. (!)"

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, diesen Aeußerungen Herriots werde in Londoner diplomatischen Kreisen größte Wichtigkeit beigemessen; man erblicke sogar darin die Möglichkeit einer

Wendung in den europäischen Beziehungen.

Herriot und seine Ratgeber seien offenbar zu der Ueberzeugung gekommen, daß das unvermeidliche Ergebnis einer „Politik der Nadelstiche" und eines fortgesetzten Widerstandes gegen italienische Wünsche nur das sein würde, Italien und Deutschland zu einem Zusammenschluß gegenüber Frankreich zu zwingen. Britische Kreise begrüßten warm jede französisch-italienische Entspannung, anderseits bedauere man die Pariser Meldungen, die auf eine Wiederbelebung des Gedankens eines Mittelmeerpaktes zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien hindeuteten. England und Amerika hätten sich schon auf der Londoner Flottenkonferenz, als Tardieu diesen Gedanken zum erstenmal vorgebracht habe, eindeutig dagegen erklärt. Der englische Standpunkt gehe dahin, daß der Pakt vollkommen unnötig sei, wenn sich die französisch-italienischen Beziehungen besserten.

England kontingentiert die Fleischeinfuhr

London, 8. Nov. Im Unterhaus wurden am Montagabend die Regierungsmaßnahmen zur Unterstützung der englischen Viehwirtschaft und Fleischerzeugung bekanntgegeben. Der Landwirtschaftsminister teilte mit, daß die

Einführung eines Fleischzolles unmöglich

sei, weil er auch die Dominien treffen würde. Möglich sei nur eine Einschränkung der Fleischeinfuhren. In den diesbezüglichen Verhandlungen mit dem Ausland seien bisher folgende Ergebnisse erzielt worden:

1. Herabsetzung der Einfuhren von südamerikanischem Hammel- und Lammfleisch um 20 v. H.
2. Herabsetzung der Einfuhren von südamerikanischem Kühlrindfleisch um zunächst 10 v. H. Im Falle ungenügender Preisbindung soll die Einfuhr um weitere 10 v. H. herabgesetzt werden.

Verhandlungen mit Dänemark, Schweden, Holland und Lettland über eine sofortige Herabsetzung der Schinken- und Speckeinfuhren um 30 v. H. seien im Gange,

ebenso Verhandlungen mit Australien und Neuseeland über eine sofortige Herabsetzung der Einfuhren von Gefrierhammel- und -lammfleisch um 10 v. H.

Die Beschränkungen sollen vorläufig für November und Dezember gelten. Die Mitteilungen des Landwirtschaftsministeriums riefen selbst bei den rechtskonservativen Landwirtschaftlern allgemeine Befriedigung hervor. Von dieser Seite waren in der letzten Zeit die heftigsten Angriffe gegen die Landwirtschaftspolitik der Regierung erhoben worden. Auch die Londoner Presse äußert sich befriedigt.

196 Nationalsozialisten im Reichstag

Berlin, 8. Nov. Der Kreiswahlleiter des Wahlkreises 26 (Franken) hat dem Reichswahlleiter ein berichtigtes Ergebnis gemeldet, das um 51 981 gültige Stimmen höher ist, als das zuerst gemeldete. Der Anteil der NSDAP. an dieser Stimmenzahl beträgt 18 882. Die Berichtigung wirkt sich dahin aus, daß der NSDAP. ein weiteres Mandat auf ihrer Reichsliste zusteht. Die Gesamtzahl ihrer Abgeordneten beträgt nunmehr 196; der Reichstag umfaßt damit insgesamt 583 Abgeordnete.